



# N i e d e r s c h r i f t

## über die 17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 14.03.2023

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:51 Uhr

### Teilnehmer:innen:

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Grantz

#### **SPD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

#### **CDU-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Herr Stadtverordneter Grotelüschen

Herr Stadtverordneter Müller

Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB

Vertretung für Herrn Freemann

Vertretung für Frau Köhler-Treschok

#### **Fraktion DIE GRÜNEN PP**

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Herr Stadtverordneter Labetzke

Frau Stadtverordnete Niehaus

Vertretung für Herrn Niedermeier

#### **BIW-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

#### **Fraktion DIE LINKE**

Frau Stadtverordnete Brand

#### **AfD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

#### **Einzelstadtverordnete**

Frau Stadtverordnete Schröder

Entschuldigt

#### **Ferner anwesend:**

Herr Albrecht

Amt 37

Frau Barnewold

Amt 90

Herr Gehrke

Nordsee Zeitung

Frau Grafelmann

Amt 14

Herr Gündogdu	RAM
Herr Kieck	GPR
Frau Kirchhoff	Amt 90
Frau Laue	Amt 90
Frau Lewandowski	Amt 90
Herr Müller	Amt 93
Herr Rupietta	PR OPB
Herr Scheer	Amt 90
Herr Schlereth	Amt 37
Frau Schwandt	Amt 37
Herr Siebert	Amt 90
Frau Sieling	Amt 37
Frau Sülmez	Abgeordnete
Herr von Oesen	Amt 90
Herr Wagner	PR OPB
Herr Yurtagul	Praktikant
<b>Schriftführung</b>	
Frau Berndt	Polizei
Frau Mahlstedt	Feuerwehr

#### **Weitere Teilnehmer:**

Direktor Ortschaftspolizeibehörde:	Herr Ortgies
Bürger- und Ordnungsamt:	Herr Herbrig
Feuerwehr:	Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

#### **1. Einwohnerfragestunde**

Keine.

##### **1.1. Beantwortung der Einwohnerfragestunde aus der Sitzung vom 25.11.2022 zur Fertigstellung des neuen Polizeireviers Geestemünde**

Herr Rohde wiederholt seine Einwohnerfrage, indem er fragt, wann das neue Polizeirevier Geestemünde bezugsfertig sein wird. Wie von Herrn Rohde gewünscht, beantwortet der Stadtverordnete Jörn Hoffmann mündlich folgendermaßen: Das europaweite Ausschreibungsverfahren zum Neubau des Polizeireviers Geestemünde wurde ohne Einsprüche beendet, so dass am 17.10.2022 der Zuschlag an den Generalübernehmer G. Stehnke Bauunternehmung GmbH & Co. aus Osterholz-Scharmbeck erteilt werden konnte. Nach der finalen Unterzeichnung des Mietvertrages zwischen der Ortschaftspolizeibehörde und der Stäwog-Gruppe kann mit den Erd- und Gründungsarbeiten im April 2023 begonnen werden. Mit dem Generalübernehmer ist eine Bauzeit von 28 Monaten nach Eingang der Baugenehmigung, spätestens ab 30.06.2023, vereinbart. Die Baufertigstellung ist auf den 30.10.2025 terminiert.

## **2. Bereich Polizei und Feuerwehr**

### **2.1. Genehmigung der Niederschrift der 16. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 25.11.2022** **I 1/2023**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

### **2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV** **I 4/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

## **3. Bereich Polizei**

### **3.1. Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

### **3.2. Anfragen**

#### **3.2.1. Berichtsbitte und Anfrage der SPD, CDU und FDP zum Thema Arbeitsrückstände bei der OPB** **I 22/2023**

Herr Ortgies bezieht sich auf die bereits vorliegende schriftliche Beantwortung und führt hierzu an, dass bereits seit langer Zeit Bearbeitungsrückstände bei einzelnen Sachbearbeiter:innen des Ermittlungsdienstes bestehen. Eine „Halde“ in der vorliegenden Form wird erst seit September 2022 statistisch ausgewiesen. Aufgrund der zunehmenden Belastung der einzelnen Ermittler:innen sah sich die OPB aufgefordert, die entsprechenden Bearbeitungsrückstände statistisch auszuweisen. Die bereits ergriffenen Maßnahmen wurden ebenfalls dargestellt und zeigen, dass ein wesentliches Problem der große Mangel an Personal darstellt. Dies wird sich nach eigener Einschätzung im nächsten Jahr vermutlich nicht wesentlich ändern.

Herr Grantz geht davon aus, dass künftig über dieses Thema einmal im Jahr in diesem Ausschuss berichtet wird. Aufgrund des Problems der Nachwuchsrekrutierung regt der OB eine Prämienzahlung an, um somit dem Mangel an Personal und den Bearbeitungsrückständen entgegenzuwirken.

Herr Grotelüschen merkt an, dass es aus seiner Sicht erforderlich ist, auch mal einzelne Arbeitsabläufe und Aufgaben der einzelnen Mitarbeiter zu prüfen und ggf. auf das Nötigste zu beschränken.

Frau Kirschstein-Klingner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und richtet die Frage an Herrn Ortgies, ob es bezüglich dieses Themas aus Bremen mal eine Reaktion gegeben hat? Diese verneint Herr Ortgies.

Des Weiteren regt Frau Kirschstein-Klingner an, eine Forderung an die Landesregierung zu stellen, das Finanzierungsvolumen für momentan 487,9 VZÄ auf das bereits zugesagte Volumen von 520 VZÄ zu erweitern. Die Differenz zwischen dem Ist und dem Soll müsste dann flexibel nutzbar sein, um gewisse Personalprobleme abfedern zu können. Seitens der Koalition ist hierzu ein Beschluss formuliert worden, den Frau Kirschstein-Klingner an alle Ausschussmitglieder verteilt und verliest. Die Fraktion SPD, CDU und FDP beantragt anschließend die Änderung des Beschlussvorschlages aus der Vorlage.

Herr Grantz merkt an, dass es nicht ausreichen wird, den Oberbürgermeister nach Bremen zu schicken, um das Problem zu lösen und verweist darauf, dass in Bremen die Finanzierung der weiteren Ausbildungsjahrgänge sowie eine mögliche Zielzahlerhöhung auf 580 für Bremerhaven

und entsprechende Anstiege in Bremen maßgeblich davon abhängig sein werden, was in der Koalitionsvereinbarung nach der nächsten Bürgerschaftswahl stehen wird.

Herr Timke stellt einen Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages des von SPD, CDU und FDP eingebrachten Antrages und um eine textliche Anpassung.

Herr Kaminiarz stellt fest, dass die Geschäftsordnung des Magistrats eine Änderung des Beschlussvorschlages aus der Vorlage nicht vorsehen würde. Anders als in der Innendeputation sei dieses Vorgehen im Ausschuss für öffentliche Sicherheit nicht möglich. Die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung wurde diesbezüglich nicht geändert bzw. befindet sich dieser Antrag nicht auf der Tagesordnung. Herr Grantz gibt Herrn Kaminiarz recht, dass aus einer Anfrage und der gefolgten Beantwortung kein Antrag entstehen kann.

Der Oberbürgermeister teilt die Bedenken des Herrn Kaminiarz und teilt mit, dieses Vorgehen durch das Rechts- und Versicherungsamt überprüfen zu lassen sowie den aus der Vorlage abgeänderten Beschlussvorschlag ggf. nachträglich zu widerrufen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Herrn Timke mit einer kleinen textlichen Ergänzung von Herrn Raschen abstimmen. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Danach lässt Herr Grantz über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem geänderten Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.

### **3.3. Berichte der Polizei**

#### **3.3.1. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamt:innen I 2/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

#### **3.3.2. Bericht zur Einbruchskriminalität I 3/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

#### **3.3.3. Veröffentlichung der PKS-Zahlen 2022 I 13/2023**

Der Oberbürgermeister bewertet die PKS insgesamt als zufriedenstellend und betont auch die Aufklärungsquote, die sich erhöht hat.

Herr Ortgies bezieht sich in seinem Vortrag auf die bereits vorliegende PKS und geht hier auf einzelne Themenbereiche ein.

Herr Timke richtet die Frage an Herrn Ortgies, was die Polizei konkret dagegen unternehmen möchte, um einen weiteren möglichen Anstieg der Raubstraftaten entgegenzuwirken. Des Weiteren möchte Herr Timke wissen, ob und inwieweit sich die Anzahl der Mitarbeiter:innen in dem Bereich der Bearbeitung von Fällen im Zusammenhang mit Kinderpornografie verändert hat, da sich die Delikte in diesem Bereich seit 2020 verdoppelt hat.

Zur Bekämpfung der Raubstraftaten beantwortet Herr Ortgies die Frage damit, dass sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen getroffen werden. Das Personal im Bereich Bearbeitung von Kinderpornografie wurde das Personal im letzten Jahr nach den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten erhöht. Auch in anderen Phänomenbereichen setzen wir Personal ein, soweit wir das Personal zur Verfügung haben.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

**3.3.4. Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2024/2025** I 17/2023  
**Einrichtung einer Stelle als Beschäftigte:r in der Behörden- und Onlinekommunikation (w/m/d)**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrag 2024/2025 zur Einrichtung einer Tarifbeschäftigtenstelle, ausgewiesen nach der Entgeltgruppe 9 c TVöD/VKA einstimmig zu.

**3.3.5. Einreichung von Stellenplananträgen zur Vorlage I 78/2022 „Stellenhebungen bei der Ortpolizeibehörde zum 01.01.2023“** I 18/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die beiliegenden Stellenplan-Anträge der nachfolgenden Stellenhebungen zur Kenntnis.

6 Stellenhebungen von A 09 nach A 10 BremBesG  
4 Stellenhebungen von A 10 nach A 11 BremBesG  
2 Stellenhebungen von A 11 nach A 12 BremBesG  
1 Stellenhebung von A 13 nach A 14 BremBesG  
2 Stellenhebungen von A 14 nach A 15 BremBesG

**3.3.6. Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2024/2025 - Einrichtung von 50 Planstellen (Polizei-/Kriminalkommissar:in (m/w/d))** I 19/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrag 2024/2025 zur Einrichtung von 50 Planstellen (Polizei-/Kriminalkommissar:in (w/m/d)), ausgewiesen nach der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG, einstimmig zu.

**3.3.7. Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes** I 7/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

**3.3.8. Bewilligung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für das Sachgebiet "Einbürgerung" der Abteilung "Migration und Einbürgerung" des Bürger- und Ordnungsamtes** I 14/2023

Vorbehaltlich des erfolgten Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 21.02.2023, beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit mit einer Gegenstimme (AfD) die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Sachgebiet „Einbürgerung“ der Abteilung „Migration und Einbürgerung“ des Bürger- und Ordnungsamtes.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

**3.3.9. Bewilligung eines befristeten 2,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes** I 21/2023

Vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner voraussichtlichen Sitzung am 18.04.2023, beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit mit einer Gegenstimme (AfD) die Anerkennung eines 2,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Dauer von zwei Jahren nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

### **3.4. Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

## **4. Bereich Feuerwehr**

### **4.1. Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

### **4.2. Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

### **4.3. Berichte der Feuerwehr**

#### **4.3.1. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst zweites Halbjahr 2022** **I 5/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **4.3.2. Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“** **I 6/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und bittet das Dezernat I um Umsetzung und Finanzierung aus den verfügbaren Haushaltsmitteln Freiwillige Feuerwehr.

#### **4.3.3. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen** **I 8/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

#### **4.3.4. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf** **I 9/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **4.3.5. Ortsgesetz zur Durchführung von Brandverhütungsschauen in der Stadtgemeinde Bremerhaven** **I 15/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt einstimmig dem als Anlage vorgelegten Entwurf des Ortsgesetzes zur Durchführung von Brandverhütungsschauen in der Stadtgemeinde Bremerhaven zu und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

#### **4.3.6. Sachthemen Integrierte Regionalleitstelle (Einsatzzahlen, Gutachten, Telemedizin, Akut-Krankentransportwagen, Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfrage)** **I 16/2023**

Herr Kaminiarz fragt, wann der A-KTW voraussichtlich zum Einsatz kommen wird und ob dieser mit dem Personal der Berufsfeuerwehr besetzt wird.

Herr Cordes antwortet, dass nach dem jetzigen Sachstand die Umsetzung des Projektes zwischen dem 1.4. und 1.5.2023 erfolgt. Weiter erläutert er, dass der sog. A-KTW ein Fahrzeug des Krankentransportes und nicht der Notfallrettung ist und dementsprechend von den bisher im Krankentransport Ansässigen betrieben wird.

Der Ausschuss nimmt den Sachstand zur Entwicklung der Einsatzzahlen, den Sachstand zum Projekt Telemedizin und Einführung eines A-KTW sowie zum Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“ in der IRLS zur Kenntnis.

#### **4.3.7. Sachstandsbericht zum Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema „Höhere Einstiegsbesoldung für die Berufsfeuerwehr“ (Vorlage I 66/2021) I 20/2023 - 1**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt einstimmig dem Vorschlag zur Bündelung der Stellen A7 und A8 mit dem Ziel der frühestmöglichen Beförderung der Brandmeister:innen zu Oberbrandmeister:innen zu und bittet das Dezernat I, einen entsprechenden Stellenplanantrag im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2024 zu fertigen.

#### **4.3.8. Verschiedenes**

Herr Timke fragt, ob der Magistrat in irgendeiner Form den Aufbau einer Freiwilligen Feuerwehr in Leherheide plant und wenn ja, was das für die bestehende Freiwillige Feuerwehr in Weddewarden bedeutet?

Herr Grantz antwortet, dass es dort ein Ansinnen von Beteiligten gibt, zu einer derartigen Gründung zu kommen. Er meint, dass die Weddewardener eine hervorragende Arbeit machen und das Gebiet eigentlich auch abdecken. Dieses wird aber weiter beobachtet und der AÖS zu gegebener Zeit damit befasst.

Herr Raschen konkretisiert, dass für eine solche Gründung ungefähr 10 Mio. € veranschlagt werden müssten und der zeitliche Rahmen von der Idee bis zur Umsetzung mindestens zehn Jahre beträgt. Die Freiwilligen Feuerwehren Weddewarden, Lehe und Wulsdorf sind sehr aktiv und ihm ist wichtig, dass keine der drei Wehren Abstriche machen muss.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

### **5. Bereich Katastrophenschutz**

#### **5.1. Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

#### **5.2. Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **5.3. Vortrag Vorstellung Planungsstand Geestesperrwerk Referent: Herr Behrends von bremenports GmbH & Co. KG**

Herr Behrends begrüßt die Anwesenden und berichtet zum Planungsstand des Geestesperrwerks gemäß anliegender Präsentation.

Herr Behrends erläutert den bisherigen Planungsprozess auf Grundlage der Ergebnisse des Generalplans Küstenschutz aus 2007 und den damit einhergehenden Forderungen zur Anpassung des Sperrwerkes. Er verweist auf die laufenden Anpassungen des Generalplans und daraus resultierendem nochmaligen Anpassungsbedarf. Die Finanzierung der Küstenschutzbauwerke erfolgt zu 70 % über den sog. GAK-Fördertopf (Fördertopf des Bundes „Gemeinschaftsaufgabe Küste“) und zu 30 % über das Land. Träger des Projektes ist die Senatorin für Wissenschaft und Häfen. Planfeststellungsbehörde und mittelbewilligende Behörde ist die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS), bremenports ist der Fachplaner.

Herr Grantz berichtet, dass er in den letzten Tagen bezüglich eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns auf der nördlichen Ebene mit Herrn Howe von bremenports gesprochen hat. Da Herr Howe einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn befürworten würde, hat Herr Grantz mit dem zuständigen

Staatsrat Herr Nottelmann gesprochen. Es wurde verabredet, dass die Stadtgemeinde Bremerhaven einen Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn stellt und Herrn Grantz wurde zugesagt, dass dann über bremenports geprüft wird, ob es technisch oder inhaltlich möglich ist.

Herr Kaminiarz stellt fest, dass das Geestesperrwerk – wie eben gehört – frühestens 2033 fertig gestellt wird. Aufgrund des prognostizierten Klimawandels (Abschmelzen der Gletscher etc.) dauert ihm das zu lange. In diesem Zusammenhang fragt er, ob bremenports mit dem AWI in Verbindung steht.

Herr Behrends beantwortet diese Frage mit ja, fügt aber hinzu, dass bremenports „nur“ Fachplaner dieses Bauwerks ist. Die Vorgaben zum Bemessungswasserstand kommen von SKUMS.

Herr Kaminiarz bemängelt die lange Umsetzungszeit. Vor dem Hintergrund der getätigten Aussage, dass in den nächsten Jahren keine sprunghaften Anstiege der Tidenhochwasser zu befürchten sind, hinterfragt er, ob die aus der Klimawissenschaft bekannten Kippunkte berücksichtigt sind.

Herr Behrends erläutert, dass nach seiner Kenntnis SKUMS den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt, allerdings zukünftige Auswirkungen durch ihn nur schwer einzuschätzen sind. Die Vorgaben zu den Bemessungsständen erfolgen daher auch durch SKUMS.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

#### **5.4. Berichte vom Katastrophenschutz**

##### **5.4.1. Bundesweiter Warntag 2022 I 10/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beauftragt die Feuerwehr, den jährlichen bundesweiten Warntag in geeigneter Form zu begleiten und die kommunale Umsetzung sicherzustellen.

##### **5.4.2. Ergebnisbericht Katastrophenschutzübung 2022 I 11/2023**

Herr Grantz kündigt einen Filmbeitrag der Seestadtretter an, den Herr Kohfahl abspielt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Über identifizierte notwendige Maßnahmen und deren Umsetzung wird fortfolgend um Bericht gebeten.

##### **5.4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz I 12/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **5.5. Verschiedenes**

Herr Cordes merkt an, dass der Jahrespressebericht 2022 der Feuerwehr zur Kenntnisnahme auf die Tische verteilt wurde.

Herr Timke hat dazu folgende Frage: auf Seite 6 sind die Einsatzzahlen der Feuerwehr aufgeführt. Es gab 762 Brandeinsätze, davon 257 Fehleinsätze. Warum ist es zu fast 40 % Fehleinsätzen gekommen? Was subsummiert sich darunter? Falsche Anrufer oder doch keine Brände?

Herr Cordes erläutert die Ursachen der Fehllarmer, u. a. sind Gründe das bestimmungswidrige Auslösen von Brandmeldeanlagen, aber auch Notrufmissbrauch oder Meldungen zu Bränden, die sich vor Ort als bestimmungsgemäßer Betrieb herausstellen. Zum Vergleich des Vorjahres sagt er mit dem Protokoll eine Gegenüberstellung zu, sieht aber keine Auffälligkeiten im Vergleich zu den Vorjahren.

	<b>2021</b>	<b>2022</b>
Brandeinsätze	692	762
davon Fehleinsätze	213	257

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Herr Grantz schließt um 17:51 Uhr die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit.

Vorsitzender

---

gez. Grantz  
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

---

gez. Berndt

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

---

gez. Mahlstedt